

Gestalte Deine Stadt mit **LINKS**

**VOR ORT
mit allen**

Programm zur Kommunalwahl

DIE LINKE.
ORTSVERBAND RATZEBURG

Unsere Ziele für Ratzeburg:

Gute Kommunalpolitik kann nur gelingen, wenn die Einwohner*innen – ob jung oder alt – bei allen wichtigen Entscheidungen mit einbezogen werden. Eine transparente Verwaltung, attraktive Einwohnerversammlungen und Bürgerhaushalte sind bewährte Methoden einer direkten Demokratie, die wir noch weiter ausbauen wollen.

Wir wollen Ideen für die Zukunft Ratzeburgs entwickeln und nicht nur Politik für, sondern gemeinsam mit den Menschen machen.



Brigitte Drews und Michael Schröder



Auf den Anfang kommt es an –

gute KITA's

Kindertagesstätten sind die erste Bildungseinrichtung in der Kinder unterschiedlicher Herkunft soziale Integration und spielerische Lernziele erfahren. Wir treten ein für gleiche Betreuungsbedingungen aller Kinder. Der Rechtsanspruch auf einen KITA-Platz muss auch durch die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von KITA-Plätzen abgesichert werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- ◀ Die Schaffung einer bedarfsdeckenden Anzahl von KITA-Plätzen mit qualifiziertem Personal.
- ◀ Einen kostenfreien KITA-Platz für jedes Kind. In einem ersten Schritt fordern wir ein beitragsfreies KITA-Jahr vor der Einschulung.

Ein Budget für die Jugend

- ◀ Die Belange von Kindern und Jugendlichen sind ein wichtiger Bestandteil linker Politik. Alle Kinder und Jugendlichen in Ratzeburg müssen die gleichen Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern.
- ◀ Ein breites Angebot an kostenlosen Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten spielt dabei ebenso eine Rolle wie eine ausreichende Anzahl von Beratungsmöglichkeiten. Schwerpunkt muss die zielgerichtete Einstellung auf den Hilfebedarf sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher sein.

Unsere Ziele sind:

- ◀ Ein festes Jahres Budget zur selbstbestimmten Verwendung durch den Jugendbeirat.
- ◀ Eine auskömmliche Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit in Ratzeburg.
- ◀ Stimm- und Antragsrecht des Jugendbeirates in den Ausschüssen.
- ◀ Schaffung selbstverwalteter Kinder- und Jugendtreffs.
- ◀ Den Auf- und Ausbau der Sozialarbeit an Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen.

Altern in Würde und sozialer Sicherheit

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Wie jeder andere Lebensabschnitt beinhaltet auch das Alter eigene Ansprüche und Bedürfnisse. Alter ist nicht auf Rente, Pflege und Gesundheitskosten zu reduzieren.

Die Mitgestaltung von selbstbestimmtem Altern in sozialer Sicherheit ist für Seniorinnen und Senioren ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune.

Zur Sicherstellung der Generationengerechtigkeit in Ratzeburg fordern wir die Erstellung eines langfristig konzipierten und kontinuierlich zu aktualisierenden kommunalen Altenhilfeplanes. Dieser muss in Zusammenarbeit mit Stadtrat, Verwaltung, Seniorenbeirat und unter Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände und möglichst vieler älterer Menschen die Inhalte und Richtlinien für die kommunale



Seniorenpolitik erstellen. Zu berücksichtigen sind hierbei die sich abzeichnenden demografischen und sozialen Entwicklungen (u.a. Folgen der Rentenkürzung und Gesundheitsreform).

Hierbei muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgrenzung der Seniorinnen und Senioren entgegen gewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden.

Armut in Ratzeburg erkennen, Armut in Ratzeburg bekämpfen

Das Armutsrisiko in Schleswig Holstein steigt stetig an. Ratzeburg bildet da keine Ausnahme. Besonders Alleinerziehende, Familien mit Kindern und Rentner*innen sind von Armut betroffen.

DIE LINKE fordert ein Aktionsbündnis „Gegen Armut in Ratzeburg“ ins Leben zu rufen. Das Bündnis sollte aus zahlreichen Einrichtungen und Organisationen der freien Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Verwaltung und der Politik bestehen. Es trägt Informationen über die Armutssituation in der Stadt zusammen, ergründet die Ursachen und erarbeitet Lösungsvorschläge zur Bekämpfung von Armut. Auf dieser Datenbasis soll einmal jährlich ein Armutsbericht für Ratzeburg veröffentlicht und in der Stadtvertretung diskutiert werden.

Mobil sein

DIE LINKE Ratzeburg setzt sich aktiv für eine Ausgestaltung und Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ein. Als erste Maßnahme sollten alle Schüler*innen den ÖPNV kostenlos nutzen dürfen. Langfristig

ist es unser Ziel, einen fahrscheinlosen und umlagefinanzierten ÖPNV einzuführen, der die Mobilität aller Einwohner*innen und Gäste garantieren soll. Dafür sind jedoch attraktivere Taktzeiten, weitestgehende Barrierefreiheit und eine noch bessere Verzahnung des bereits gut ausgebauten ÖPNV-Netzes nötig.

Mitmachkultur weiter entwickeln

Viele Ratzeburger*innen engagieren sich in Vereinen, Verbänden, Initiativen im kulturellen und im sozialen Bereich. Sie tun dies zum Nutzen der Menschen, für den Tier- und Naturschutz. Dieses freiwillige Engagement zeigt, dass den Menschen ihre Stadt am Herzen liegt und sie die Zukunft ihrer Stadt mitgestalten möchten. DIE LINKE unterstützt dieses Engagement und fordert eine noch stärkere Einbeziehung der Einwohner*innen gerade bei wichtigen Fragen, die die Zukunft Ratzeburgs betreffen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- ◀ möglichst frühe Einbeziehung der Einwohner*innen in Planungsvorhaben der Verwaltung, beispielsweise durch attraktive Einwohnerversammlungen.
- ◀ eine Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten, wie beispielsweise Bürgerscheide bei Fragen von zentraler Bedeutung.
- ◀ Für die Einführung eines Bürgerhaushaltes.
- ◀ Ein stärkeres Mitspracherecht von Betroffenen bei Entscheidungsprozessen der Verwaltung, beispielsweise durch ein Anhörungsrecht in den Fachausschüssen.



Einführung Arbeitskreis Stadtentwicklung

Verlockende Schaufenster auf der Insel und bummelnde Kaufinteressenten – das ist in unserer Stadt eher die Ausnahme. Die Lage in Ratzeburg hat sich massiv verschlechtert. Seit dem Rückzug vom Kaufhaus Mohr gibt es kaum noch attraktive Angebote auf der Insel und der Weggang von Budni hat auch nachteilige Auswirkungen auf die kleinen Geschäfte auf der Insel.

Nur was sind die Ursachen? Sind es die Supermärkte auf der grünen Wiese, ist es der langjährige Leerstand von vielen Läden, die unattraktive Gestaltung des Marktplatzes, die Verkehrsführung und die Ampellösung mit der so genannten Pfortnerampel?

Die Gründe sind vielfältig. Neben der mangelhaften Infrastruktur, ist es von Verbraucherseite sicherlich auch die steigende Nutzung des Online-Handels. Außerdem bereiten die hohen Mietpreise für Gewerbeimmobilien vielen Einzelhändler*innen und in der Gastronomie Probleme.

Auch genug bezahlbarer Wohnraum, Freizeitangebote für Jung und Alt, kostengünstiger ÖPNV, all das hat Einfluss auf die Vielfalt der Angebote und die Attraktivität der Innenstadt. Wenn wir in einer lebendigen Stadt leben wollen, in der sich alle wohlfühlen, dann muss sich etwas ändern.

Für die Inselstadt brauchen wir Angebote, die sich von der rein kommerziellen Ausrichtung abheben. Als wesentliches Element LINKER Kommunalpolitik gilt eine demokratische Stadtent-

wicklung zum Vorteil aller Menschen. DIE LINKE regt an, einen Arbeitskreis Stadtentwicklung ins Leben zu rufen. Diesem Arbeitskreis sollten Einwohner*innen, Verwaltung, Politik und Geschäftsleute angehören. Hier können gemeinsam Vorschläge erarbeitet und diskutiert werden.

Themenschwerpunkte sind unter anderem:

- ◀ Verkehrsberuhigung der Altstadtinsel: Wie ist die aktuelle Lärm- und Luftbelastungssituation? Gibt es rechtliche Möglichkeiten, den LKW-Verkehr zu verbannen? Kann der innerstädtische Verkehr durch attraktive Nahverkehrsangebote und einen Ausbau des Radwegenetzes mit Verleihstationen reduziert werden? Und brauchen wir dann noch eine Umgehungsstraße?
- ◀ Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, Null-Tarif für Schüler*innen, Studierende und Auszubildende, Sozialticket.
- ◀ Marktplatzgestaltung
- ◀ Bezahlbares Wohnen
- ◀ Freizeitgestaltung für Jung und Alt
- ◀ Weitestgehende Barrierefreiheit
- ◀ Gesundheitsversorgung

Ohne Moos nix los

Einführung Bürgerhaushalt

Haushalt und Haushaltspolitik sind wichtige Instrumente der Durchsetzung von politischen Entscheidungen und damit der politischen Machtausübung.



Haushaltsentscheidungen sind in Bund, Land und Kommune den gewählten Politiker*innen vorbehalten worden. Der Bürgerhaushalt ist eine moderne Form der direkten Demokratie. Einwohner*innen werden an der Erarbeitung, Entscheidung und Kontrolle zum Haushalt für ihre Stadt beteiligt.

Das bekannteste Beispiel ist der Bürgerhaushaltsprozess (Orçamento Partizipativo) in Porto Alegre (Brasilien), der dort 1989 das erste Mal durchgeführt wurde.

Im Berliner Bezirk Lichtenberg (260.000 Einwohner*Innen) startete im Jahr 2005 der erste Bürgerhaushalt in einer deutschen Großstadt. In immer mehr Kommunen wird die Beteiligung von Einwohner*innen und Einwohnern an der Diskussion des Haushaltes für ihre Kommune gefordert, angewandt oder vorbereitet.

Diese Form der Bürgerbeteiligung ist ein in die Zukunft gesehen offener Prozess. Er wird gemeinsam mit den sich beteiligenden Menschen gestaltet. Sie sollen die Richtungen der Haushaltspolitik sowohl auf der Ausgaben-, als auch auf der Einnahmenseite unmittelbar mitbestimmen.

Nicht nur die Verteilung, sondern auch die Aufbringung der Mittel soll schrittweise demokratischer Einflussnahme unterworfen werden. DIE LINKE ist sich sicher: Die Beteiligung von Einwohner*innen an den Belangen ihrer Kommune wird auf Dauer die Solidarität zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verbessern, die Lebensqualität insbesondere der Schwachen unserer Gesellschaft erhöhen und Lobbyismus und Korruption mindern. Ausschlaggebend für das Gelingen der

Beteiligung von Einwohner*innen an der Haushaltsplanaufstellung, -durchführung und -kontrolle ist aus Sicht der Partei DIE LINKE die gute Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess umfassende und barrierefreie Information der Bevölkerung und ein transparentes Verfahren.

DIE LINKE legt besonderen Wert darauf, dass

- ▶ in allen Phasen die aktive Teilnahme der Einwohner*innen an den Entscheidungsprozessen und der Schwerpunktsetzung gesichert ist,
- ▶ eine umfassende und problemorientierte Information der Bevölkerung über die zur Verfügung stehenden Mittel sowie die anstehenden Aufgaben erfolgt,
- ▶ alle Möglichkeiten für eine breite barrierefreie Teilnahme der Bevölkerung geschaffen werden und
- ▶ sich die Kommunalvertretung selbst verpflichtet, dem Votum der Einwohner*innen im Rahmen der Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung zu folgen.



Mitmachen

Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus.

Wir rufen die Menschen auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, aktiv für eine bessere Zukunft einzutreten und mit uns gemeinsam für eine soziale, offene und demokratische Kommunalpolitik zu streiten.

**VOR ORT
mit allen**

... und wer es genauer wissen möchte –
unser ausführliches Wahlprogramm gibt es hier:



www.die-linke-herzogtum-lauenburg.de/kommunalwahl_2018/



V.i.S.d.P./Kontakt:

DIE LINKE. RATZEBURG

KV Hzgt. Lauenburg

c/o **Michael Schröder**

Tel. 0 45 41-68 86

mail: rz@dielinke-khl.de

... am 6. Mai

DIE LINKE.

